

# BV/12/24-053

Beschlussvorlage  
öffentlich

## Beratung und Beschlussfassung zur Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer und Gewerbesteuer in der Gemeinde Barnekow

<i>Organisationseinheit:</i> Kämmerei	<i>Datum</i> 02.08.2024
--	----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
Finanzausschuss Barnekow (Vorberatung)		Ö
Gemeindevertretung Barnekow (Entscheidung)	27.08.2024	Ö

### Beschlussvorschlag

Die Gemeindevertretung Barnekow beschließt Aufgrund des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern die Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer und Gewerbesteuer in der Gemeinde Barnekow.

### Sachverhalt

Auf Grund des Gesetzes zur Neuregelung des Grundsteuer- und des Bewertungsrechts vom 26.11.2019 (Grundsteuer-Reformgesetz) i. V. m. dem Beschluss vom 13.04.2021 der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns, das Bundesrecht anzuwenden, sind die Kommunen verpflichtet, Hebesätze für die Erhebung der Grundsteuer A und Grundsteuer B ab dem 01.01.2025 festzusetzen bzw. anzupassen.

Grundsätzlich haben die Gemeinden gem. Art. 28 Abs. 2 GG i. V. m. Art. 106 Abs. 6 Satz 2 GG, das Recht, die Höhe der Hebesätze selbst zu bestimmen. Die Grundsteuerreform soll jedoch kein Anlass sein, eine Änderung des Grundsteueraufkommens zu verfolgen.

Im Jahr 2024 erzielt die Gemeinde Barnekow voraussichtlich folgende Grundsteuereinnahmen:

Grundsteuer A: 19.858,11 €  
Grundsteuer B: 47.512,43 €

Mit den aktuell vorliegenden Grundsteuermessbeträgen, welche vom Finanzamt übermittelt wurden, müsste die Gemeinde Barnekow folgende Hebesätze festsetzen, um in 2025 die gleichen Grundsteuereinnahmen zu erzielen.

Grundsteuer A: 364 % (Gesamtsumme Messbeträge: 5.459,50 €)  
Grundsteuer B: 291 % (Gesamtsumme Messbeträge: 16.333,46 €)

Da aber bereits zahlreiche Widersprüche bei den Finanzämtern eingereicht worden sind, ist mit diversen, nicht vorhersehbaren Änderungen von sämtlichen derzeit vorliegenden Grundsteuermessbeträge zu rechnen.

Damit die Gemeinde Barnekow diesbezüglich keine Verluste erzielt, schlage ich vor, die o.g. errechneten Hebesätze minimal wie folgt zu erhöhen und abschließend zu beschließen.

Grundsteuer A: 365 %  
Grundsteuer B: 295 %

### Finanzielle Auswirkungen

Es werden voraussichtlich geringe Steuerliche Mehreinnahmen erzielt.

**Anlage/n**

1	12 Hebesatzsatzung 2025 Entwurf (öffentlich)
---	--

**Satzung über die Festsetzung der Hebesätze  
für die Grundsteuer und Gewerbesteuer in der Gemeinde Barnekow  
vom \_\_\_\_\_  
(Hebesatzsatzung)**

Aufgrund des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Mai 2024 und der §§ 1 - 3 des Kommunalabgabengesetzes Mecklenburg-Vorpommern (KAG M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. April 2005 (GVOBl. M-V 2005 S. 146) zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Mai 2023 (GVOBl. M-V S. 650) i.V. mit den §§ 1 und 25 des Grundsteuergesetzes (GrStG) vom 07. August 1973 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.12.2022 (BGBl. I S. 2294) m. W. v. 21.12.2022, und des § 16 Gewerbesteuergesetz (GewStG) in der jeweiligen gültigen Fassung, wird nach Beschlussfassung der Gemeindevertretung Barnekow vom \_\_\_\_\_ folgende Hebesatzsatzung erlassen.

**§ 1  
Steuerhebesätze**

Die Hebesätze der nachstehenden Realsteuern werden wie folgt festgesetzt.

- |  |          |
|--|----------|
| (1) Grundsteuer für land- und forstwirtschaftliches Vermögen | 365 v.H. |
| (2) Grundsteuer für Grundstücke (Grundsteuer B)              | 295 v.H. |
| (3) Gewerbesteuer  | 351 v.H. |

**§ 2  
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt mit Wirkung zum 01.01.2025 in Kraft.  
Die Satzung vom 26.05.2020 tritt somit außer Kraft.

Barnekow, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Hartmut Siggelkow  
Bürgermeister

Soweit beim Erlass dieser Satzung gegen Verfahrens- und Formvorschriften verstoßen wurde, können diese gemäß § 5 Abs. 5 der KV M-V nach Ablauf eines Jahres seit dieser öffentlichen Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden. Diese Einschränkung gilt nicht für die Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- und Bekanntmachungsvorschriften.